

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

## Der Gemeinsame Markt und die Englandverhandlungen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Frisch, Alfred (1962) : Der Gemeinsame Markt und die Englandverhandlungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 2, pp. 71-75

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133192>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Der Gemeinsame Markt und die Englandverhandlungen

Alfred Frisch, Paris

Das Beitrittsgesuch Großbritanniens schuf für den Gemeinsamen Markt eine völlig neue Lage. Gelangen die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß, dann wird auf jeden Fall die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihren Charakter ändern müssen. Sie steht nicht zuletzt deswegen vor schwierigen Fragen, weil ihre Partner es als eine wichtige Aufgabe betrachten, den politischen Kern der europäischen Idee zu bewahren, auch dann, sofern aus dem einen oder anderen Grunde eine gewisse Verwässerung des Gemeinsamen Marktes hingenommen werden muß. In diesem Falle wäre ein Ausgleich auf anderem Gebiete erforderlich. Natürlich ist es zu früh, sich über den Gang und die Ergebnisse der Englandverhandlungen Gedanken zu machen. Niemand kann im Augenblick ihren Ausgang voraussagen.

### *Hypothesen der atlantischen Zusammenarbeit*

Immerhin erscheint es zweckmäßig, sich etwas eingehender mit der sich aus der jetzigen Lage ergebenden Problematik des Gemeinsamen Marktes sowie der gesamten atlantischen Handels- und Wirtschaftspolitik zu befassen. Man kann hierbei von verschiedenen Hypothesen ausgehen, die mehr oder weniger wahrscheinlich sind. Eine Lösung besteht darin, daß der Gemeinsame Markt im Commonwealth aufgeht, d. h. sich nach den ursprünglichen Vorstellungen des ersten britischen Europaministers Maudling in eine verhältnismäßig lose Freihandelszone verwandelt. Gewissermaßen als Gegenstück hierzu läßt sich der globale Eintritt des Commonwealth in den Gemeinsamen Markt erwägen. Auf diese Weise würde eine recht sonderbare und schwerfällige Wirtschaftsgemeinschaft zwischen dem kontinentalen Europa und der Sterlingzone entstehen. Beide Hypothesen fallen in dieser absoluten Form in das Feld der Theorie.

Im Bereich des Möglichen liegt ein Mittelweg, der gekennzeichnet ist durch die britische Vollmitgliedschaft im Gemeinsamen Markt und verbunden ist mit mehr oder weniger vorübergehenden Sonderlösungen zugunsten einiger Commonwealth-Staaten und einem ziemlich ausgedehnten Assoziierungssystem. Diese Hypothese möchten wir den folgenden Überlegungen zugrunde legen.

### *Schwierige Anpassung Großbritanniens*

Es stellt sich zunächst die Frage, welche Gestalt dieser erweiterte Gemeinsame Markt anzunehmen vermag. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, weil bisher, besonders in der Bundesrepublik, der Beitritt Großbritan-

niens als politisch wünschenswert und infolgedessen als selbstverständlich hingenommen wurde, ohne daß man sich der Mühe unterzog, seine Auswirkungen bis zur letzten Konsequenz zu untersuchen. Man war also nicht bestrebt, zu ermitteln, ob ein derartiger Beitritt mit den bisherigen Grundlagen des Gemeinsamen Marktes tatsächlich vereinbar ist oder ob es nicht erforderlich erscheint, der europäischen Zusammenarbeit neue, weitgehend veränderte Richtlinien zu geben.

Die Anpassung Großbritanniens an die kontinentalen Verhältnisse ist zwar nicht leicht, aber doch keine entscheidende Frage, zumal da sie zu einem guten Teil ausschließlich vom britischen Willen abhängt. Es sei aber immerhin festgestellt, daß eine Wirtschaftsgemeinschaft für alle Partner von beschränktem Wert ist, solange Großbritannien nicht zum metrischen System übergeht, zumal technische Vorschriften häufig ein stärkeres Handelshindernis darstellen als Zölle. Gemeinsamer Markt bedeutet Arbeitsteilung und technische Zusammenarbeit auf allen Gebieten.

Nicht zu unterschätzen sind ferner die Schwierigkeiten, die sich aus einer völlig verschiedenartigen Rechtsauffassung und Gesetzgebungsmaschine ergeben. Großbritannien hat sehr zahlreiche Traditionen, aber sehr wenig geschriebene Gesetze. Hierdurch wird die in den Rom-Verträgen vorgesehene Harmonisierung der Gesetzgebung nicht erleichtert. Es wird zu wenig berücksichtigt, daß der Gemeinsame Markt mit einem zwar nicht juristischen, aber praktisch recht weitgehenden Souveränitätsverzicht verbunden ist und ein derartiges Verhalten Großbritannien noch viel ferner liegt als Frankreich. Wie dem auch sei, hierbei handelt es sich vorwiegend um interne britische Anpassungsschwierigkeiten, die den Gemeinsamen Markt nicht unmittelbar berühren. Das Kernproblem aber betrifft in enger Verflechtung die Zukunft des Commonwealth und die Rohstoffversorgungspolitik der britischen Industrie.

### *Solidarität einer Gemeinschaft*

Man vereinfacht die Dinge etwas, wenn man behauptet, Großbritannien stünde vor der Wahl zwischen Europa und dem Commonwealth. Dies würde voraussetzen, daß sich das Commonwealth in einer Zollpräferenz erschöpft, was jedoch keineswegs der Fall ist. Es bestehen politische und sentimentale Bande, die vorläufig von der britisch-europäischen Zusammenarbeit nicht berührt werden. Getragen wird das Commonwealth außerdem von der Sterlingzone, die nicht zuletzt

ein außergewöhnliches Werkzeug des Welthandels darstellt und hiermit über das Commonwealth hinausragt, gleichzeitig aber von Großbritannien allein nicht mehr getragen werden kann.

Der Kreis um Jean Monnet, der als erster im Lager der Europäer für eine enge Verbindung mit Großbritannien ehrlich und energisch eintrat, ging von einer völlig anderen Alternative aus, nämlich Rettung der Sterlingzone durch eine europäische Währungszusammenarbeit oder Verlust des Commonwealth für Großbritannien, weil der Zement der Sterlingzone ohne europäische Lösung nach und nach abbröckeln müßte. Durch den Beitritt zum Gemeinsamen Markt konsolidiert infolgedessen Großbritannien nach der These Monnets die Sterlingzone, während es gleichzeitig Europa zu einer Währungsunion zwingt und hiermit notwendigerweise zu einem weitgehenden politischen Zusammenschluß.

London verteidigt vor allem die Grundlagen seiner Handels- und Industriepolitik. Da es selbst, von Kohle abgesehen, keine Rohstoffe besitzt und auch für seine Lebensmittelversorgung zu über 50 % von der Einfuhr abhängt, möchte es weiterhin auf günstigste, weltweite und zollfreie Rohstoffversorgung Wert legen. In dieser Beziehung überschritten sich die wirtschaftspolitischen Wege des Kontinents nie mit denjenigen Großbritanniens, das sich zwar für seine Industrieerzeugnisse einen sehr protektionistischen Zolltarif gab, jedoch für Rohstoffe und Agrarprodukte dem Freihandelsgrundsatz weitgehend treu blieb. Paradoxiertweise legt es in den Verhandlungen mit dem Gemeinsamen Markt mehr das Schwergewicht auf eine liberale, weltweite Handelspolitik, obwohl für Fertigerzeugnisse seine Zölle ganz empfindlich über dem gemeinsamen Zolltarif der EWG liegen. Der britischen Industrie dürfte die Anpassung an diesen, vielleicht noch um 20 % zu verringernden Tarif ernste Sorge bereiten, ohne daß sich ihre Regierung hierum vorläufig kümmert.

Großbritanniens liberale Rohstoffeinfuhrpolitik stellt sowohl für die Landwirtschaft wie für einige Grundindustrien den Charakter des Gemeinsamen Marktes in Frage. Die EWG legt Wert darauf, einen größeren und geschlosseneren Wirtschaftsraum mit interner Solidarität und Präferenz zu schaffen. Der liberale Geist geht ihr zwar nicht ab, aber dieser Liberalismus setzt unter Vermeidung der Ausschließlichkeit sowie der Autarkie gewisse Prioritäten zugunsten der Partner, seien sie Vollmitglieder oder nur assoziiert, voraus, während Großbritannien diese wirtschaftliche Solidarität nur sehr beschränkt anerkennen will und die Lösung der europäischen sowie der atlantischen Wirtschaftsprobleme unverändert, wie zu Zeiten Maudlings, vorwiegend im weltweiten Freihandel sieht, allerdings mit der Bereitschaft, einige wirtschaftspolitische Bindungen der EWG als notwendiges Übel hinzunehmen.

Voraussetzung bleibt hierbei für London, daß sich seine Grundsätze für die industrielle und landwirtschaftliche Rohstoffversorgung allgemein durchsetzen.

Um es sehr kraß und vielleicht etwas überspitzt auszudrücken: Für den Gemeinsamen Markt wäre es leichter, alle Commonwealth-Staaten als Vollmitglieder unter Beibehaltung seines Zoll- und Wirtschaftssystems aufzunehmen, als den englischen Wunsch nach weltweitem Freihandel für Rohstoffe mit seinem präferenz- und prioritätsbedingten Grundcharakter zu vereinbaren.

### *Zurückdrängung des Commonwealth*

Nach unserer Arbeitshypothese muß durch die Verhandlungen ein Ausgleich zwischen Großbritannien und dem Gemeinsamen Markt erzielt werden. Er dürfte sehr vielfältiger Art sein und auf beiden Seiten erhebliche Zugeständnisse voraussetzen. Die britische Ausgangsstellung, die in der einen oder anderen Form alle Commonwealth-Präferenzen auf dem britischen Markt aufrechterhalten wollte, ist für die EWG selbstverständlich unannehmbar.

Für alle Agrarerzeugnisse wird man wohl mit Zollkontingenten arbeiten müssen, in dem Sinne, daß genau festzusetzende Mengen von Großbritannien zunächst nach den gleichen Bedingungen wie bisher, d. h. unter Wahrung der Commonwealth-Präferenz, eingeführt werden können, mit dem Ziel, diese Ausnahmen zeitlich zu begrenzen, bei langsam rückläufigem Umfang. Ein heißes Eisen sind die billigen Industrieerzeugnisse der unterentwickelten Commonwealth-Staaten, die zur Zeit nach Großbritannien mit oder ohne Präferenzzoll, aber auf jeden Fall kontingentfrei, eingeführt werden können. Die europäischen Länder lehnen die Beibehaltung dieses Systems, selbst unter Einschaltung einer Ursprungskontrolle für den Weiterversand aus Großbritannien nach dem Kontinent ganz entschieden ab. Sie bestehen auf einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber allen Billigproduktionsländern.

Schwierigkeiten verschiedener Art lassen sich schließlich durch eine Verringerung oder Beseitigung des gemeinsamen Einfuhrzolls sowie durch die Assoziation überwinden. Es ist anzunehmen, daß der Gemeinsame Markt Großbritannien ersuchen wird, sich dem Rahmen seiner eigenen Assoziationspolitik, die sich auf Entwicklungsländer mit ergänzender Wirtschaft ohne direkte Konkurrenzgefahr beschränkt, anzupassen. Außerdem muß ein zahlenmäßiges Gleichgewicht (nach der Bevölkerungsstärke) zwischen den Mitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den assoziierten überseeischen Partnern aufrechterhalten werden. Beide Kriterien schließen Indien und Pakistan aus und begrenzen die Assoziation im wesentlichen auf die afrikanischen Staaten, in Ausweitung der vom Gemeinsamen Markt von Anfang an in die Wege geleiteten europäisch-afrikanischen Zusammenarbeit. Soweit andere Interessen zu berücksichtigen sind, muß es in Form langfristiger Handelsverträge, die von der Wirtschaftsgemeinschaft mit den einzelnen Staaten abgeschlossen werden, geschehen.

### **Letzte Konsequenz: Ein weltweites Handels- und Zollsystem?**

Um zu einem vollständigen Bild der zukünftigen Europäischen Gemeinschaft nach Eintritt Großbritanniens in die EWG zu gelangen, muß man auch die wahrscheinlichen weiteren Partnerschaften berücksichtigen. Dänemark und voraussichtlich auch Norwegen werden ebenso wie Großbritannien der EWG beitreten. Mit Griechenland besteht bereits ein Assoziierungsverhältnis, mit der Türkei und mit Irland begannen die Verhandlungen. Es ist unwahrscheinlich, daß Spanien abseits bleiben wird, ebensowenig wie Portugal. Kurzfristig würde demnach die EWG 9 Vollmitglieder zählen und in etwas fernerer Zukunft mit Griechenland, Spanien sowie vielleicht Portugal und Irland 12 bis 13. Sogenannte unpolitische Assoziierungsabkommen, auf Warenaustausch, Zollpolitik und vielleicht auch verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen beschränkt, sind schließlich mit Österreich, der Schweiz und Schweden zu erwarten. Dies bedeutet, daß der neue Gemeinsame Markt in der einen oder anderen Form ganz Westeuropa erfaßt, ferner einen erheblichen Teil Afrikas mit mengenmäßig stark ins Gewicht fallenden Sonderregelungen zugunsten zahlreicher Commonwealth-Staaten.

Diese Entwicklung wird bedeutende organisatorische und handelstechnische Auswirkungen haben. Organisatorisch gelangt man zu einem äußerst schwerfälligen System, das schon jetzt vier Amtssprachen hat. Wie viele Mitglieder soll die Europäische Kommission zählen, wie wird ein Ministerrat, der für den Ausbau der europäischen Zusammenarbeit bald einmal wöchentlich tagen muß, bei einer derartig vielschichtigen Zusammensetzung arbeitsfähig sein? Hierzu kommen verschiedene Kategorien assoziierter Staaten. Auch das Netz der Handelsabkommen mit seinen Sonderbegünstigungen ist nicht leicht in Ordnung zu halten. Man gelangt schließlich zu einer sonderbaren Verschachtelung mit zahlreichen, von Land zu Land wechselnden Bedingungen für die Zusammenarbeit.

Jean Monnet und sein Kreis möchten diesem verwaltemäßigen Chaos dadurch entgehen, daß sie die Zahl der Mitglieder des Gemeinsamen Marktes möglichst beschränken, ein einheitliches Assoziierungsverhältnis mit Afrika schaffen und alle anderen Fragen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) überlassen wollen, mit der Aufgabe, etwaige handelspolitische Härten durch zolltechnische Zugeständnisse auszugleichen.

Noch grundlegendere Auswirkungen hat der auf Grund eines etwaigen Kompromisses ausgeweitete Gemeinsame Markt auf den Weltwarenverkehr. Kontinentaleuropa und die Sterlingzone sind für den überwiegenden Teil des Welthandels verantwortlich. Es ist so gut wie unmöglich, eine Trennungslinie zwischen diesem handelsmäßig einflußreichen Block und den anderen Ländern zu ziehen. Wenn man Zollkontingente für australischen und kanadischen Weizen festsetzt, kann man nicht Argentinien und die USA abseits liegen lassen. Das gleiche gilt für Butter, für Wolle, für Tabak und zahlreiche andere Erzeugnisse. Entweder



## **mit Lufthansa**

Mit der Boeing Jet 720 B zu wichtigen Zentren afrikanischer Wirtschaft und Touristik. Von dort gute Verbindungen im innerafrikanischen Streckennetz.

Auch auf den neuen Strecken die preisgünstige Economy-Klasse, für hohe Ansprüche der Senator-Service.

Ihr IATA-Agent oder Ihr LUFTHANSA-Stadtbüro berät Sie gern.

Ab 2. März 1962\* zweimal wöchentlich  
**FRANKFURT LAGOS ACCRA**

Ab 15. Mai 1962\* zweimal wöchentlich  
**FRANKFURT ATHEN KHARTOUM  
NAIROBI SALISBURY  
JOHANNESBURG**

\* vorbehaltlich Regierungsgenehmigung

 **LUFTHANSA**  
**führend im Service an Bord**

man gelangt zu weltweiten Produktionsabkommen, wie dies bereits von der Internationalen Föderation Landwirtschaftlicher Erzeuger (IFAP) gefordert wird, oder aber man kehrt zu einer an Reibungsflächen reichen und auf die Dauer nicht haltbaren Diskriminierung zurück. Andererseits ist es unvorstellbar, für Industrieerzeugnisse einen Außenzolltarif fast ausschließlich gegenüber den USA, Kanada und Japan aufrechtzuerhalten. Weshalb sollte man ferner die gemeinsame Handelspolitik gegenüber dem Osten oder gegenüber Billigproduktionsländern ohne amerikanische Beteiligung ausarbeiten? Selbst wenn die erweiterte europäische Zoll- und Wirtschaftsunion ganz den Bedingungen des GATT entspricht, wird durch ihre Verwirklichung diese internationale Zollorganisation praktisch arbeitsunfähig, weil all ihre Entscheidungen in den Händen eines Wirtschaftsblocks, der für über zwei Drittel des Welthandels verantwortlich zeichnet, liegen.

Viele Beobachter halten es für unwahrscheinlich, daß der Gemeinsame Markt nach dieser starken Ausweitung nicht bis zur letzten Konsequenz geht, d. h. zu einem weltweiten Handels- und Zollsystem gelangt, mit langfristigen Abkommen für Rohstoffe und Agrarprodukte sowie mit der Beseitigung der Einfuhrzölle für Industrieerzeugnisse, unter Gleichstellung Europas mit den USA.

Wenn sich sechs Länder zusammenschließen, um eine Wirtschaftsunion zu bilden, können sie sich gegenseitig eine gewisse Vorzugsstellung einräumen und gegenüber der Außenwelt entsprechend diskriminieren, weil sie keine beherrschende Position besitzen und sich lediglich anderen, schon bestehenden Größenordnungen anpassen, den USA, der UdSSR, dem Commonwealth. Die Dinge liegen aber anders, wenn sich die Konzentration, um Begriffe der Privatwirtschaft zu verwenden, zu einem beherrschenden Trust ausweitet, mit der Möglichkeit, die Außenstehenden diskriminierend zu erdrücken. Dann läßt sich ein internationales Vertrauensverhältnis allein dadurch wiederherstellen, daß man diejenigen, die Wert darauf legen, in die Gemeinschaft aufnimmt, d. h. einen weltweiten Freihandel verwirklicht.

#### **Die USA und die Zukunft der europäischen Idee**

Kehrt man von diesen zwangsläufig theoretischen Zukunftsaussichten zur Gegenwart zurück, stellen sich zwei konkrete Fragen: 1. Wie werden sich die USA gegenüber der europäisch-britischen Entwicklung verhalten? 2. Welche Möglichkeiten bestehen noch für die europäische Idee, die nicht zuletzt einen politischen Beweggrund besitzt und der Verteidigung der europäischen Interessen im engeren Sinne dienen soll?

Die USA hatten zunächst aus politischen Gründen Großbritannien ermutigt, dem Gemeinsamen Markt beizutreten, ohne sich über die wirtschaftlichen Folgen eines derartigen Schrittes allzu viele Gedanken zu machen. Sie wollten London ganz einfach zu verstehen geben, daß sie im Gemeinsamen Markt einen für die westliche Politik ungeheuer wichtigen Faktor sehen und nicht zulassen, daß irgendein Land versucht, diese

europäische Einheit zu schwächen. Wenn Großbritannien wirtschaftliche Befürchtungen hege, dann gebe es nur eine Lösung: den Beitritt zum Gemeinsamen Markt. Außerdem entspricht es der Politik Präsident Kennedys, Großbritannien auf die europäische Ebene zu stellen und im westlichen Lager zu einer vereinfachten politischen Partnerschaft zu gelangen: die USA auf der einen Seite, Europa auf der anderen. Nach diesen ursprünglichen amerikanischen Vorstellungen durfte es kein Commonwealth-Problem mehr geben. Großbritannien hätte sich für Europa zu entscheiden und das Commonwealth unter Bildung anderer regionaler Gruppen sich selbst zu überlassen.

Inzwischen erkannten die Amerikaner, daß sie die Dinge etwas zu einfach sahen. Sie sind sich bewußt, mit dem Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt zahlreichen Schwierigkeiten entgegenzusteuern. Es droht ihnen vor allem eine Beeinträchtigung ihrer Interessen, wenn sie außerhalb der europäisch-britischen Zollunion blieben. Außerdem müssen sie sich wohl oder übel um das wirtschaftliche Schicksal Südamerikas sowie Japans kümmern, zwei weitere Außenseiter, denen eine empfindliche Benachteiligung zugunsten des Commonwealth droht. Schließlich geht es den USA sehr darum, die politische Konzeption des Gemeinsamen Marktes, d. h. des geeinten Europas als gleichberechtigter und gleichgewichtiger Partner, ohne weltweite Verwässerung zu bewahren. Niemand weiß vorläufig in Washington, wie die verschiedenen Wünsche und Tendenzen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.

Um zusammenzufassen: Die USA unterstützen kräftig den Gemeinsamen Markt. Sie sind Mitglied der OECD, der sie jedoch keineswegs das GATT zu opfern gedenken, während sie gleichzeitig auf politischer Ebene eine Atlantische Union anstreben, ohne deswegen bereit zu sein, auf ihre außenpolitische Bewegungsfreiheit in Lateinamerika oder Ostasien zu verzichten. Diese Vielgleisigkeit entspricht der Notwendigkeit für die amerikanische Diplomatie, auf allen Schachbrettern der Weltpolitik gleichzeitig zu spielen. Daneben besteht der Wunsch, die amerikanischen Wirtschaftsinteressen unbedingt zu wahren, ohne sie deswegen für die amerikanischen Beziehungen zur Umwelt zu einer Hypothek werden zu lassen. Es ist verständlich, daß Washington unter diesen Umständen noch nicht weiß, wie es zu den Verhandlungen Englands mit dem Gemeinsamen Markt Stellung nehmen soll. Allerdings hat als wahrscheinlich zu gelten, daß die USA bald auf weltweiten Lösungen für Zoll- und Handelspolitik bestehen werden, und zwar sowohl innerhalb der OECD wie im GATT. Die Europapolitik gelangt hierdurch an eine Weiche mit einer Abzweigung in Richtung der weltweiten Handelspolitik und einer anderen in Richtung des politischen europäischen Kerns.

Amerika ist nicht in der Lage, auf seinen Zolltarif und eine selbständige Wirtschaftspolitik zu verzichten. Dagegen legt es großen Wert auf einen internationalen Zollabbau, sowohl zugunsten seiner Ausfuhr wie zur Unterstützung der Entwicklungsländer. Ebenso interes-

siert ist es an einer ständigen Tuchfühlung mit der europäischen Wirtschaft, die sich nicht zuletzt für Währungsfragen der atlantischen Solidarität bewußt bleiben soll. Da es, wie bereits erwähnt, unvorstellbar ist, eine Trennungslinie zu ziehen zwischen dem Gemeinsamen Markt und der Sterlingzone einerseits, der restlichen Welt andererseits, muß die Lösung einer Reihe von Fragen zwangsläufig in die OECD und in das GATT verlegt werden. Die USA halten es für zweckmäßig, alle Zollfragen dem GATT zu überlassen, die OECD jedoch mit Währungspolitik, Wirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe zu befassen. Der Begriff der Wirtschaftspolitik ist wahrscheinlich bis auf weiteres einschränkend zu interpretieren. Dagegen scheinen die USA einer engeren währungspolitischen Zusammenarbeit keineswegs abgeneigt zu sein.

Die ideale Lösung wäre es demnach, den Gemeinsamen Markt auf einen kleinen Kern zu beschränken: seine jetzigen sechs Partnerstaaten zusammen mit Großbritannien und vielleicht Dänemark — alles weitere jedoch der OECD und dem GATT zu überlassen, einschließlich der Beziehungen zwischen Großbritannien und dem Commonwealth und auch einschließlich des, wie bereits angedeutet, sehr komplizierten Assoziierungsverfahrens, von der europäisch-afrikanischen Assoziation, die im Rom-Vertrag verankert ist, natürlich abgesehen.

Die Zusammenarbeit des erweiterten Gemeinsamen Marktes mit der Welt setzt vor allem eine liberale Zoll- und Handelspolitik voraus. Hieran wollen und müssen sich die USA von Anfang an beteiligen. Es wäre demnach wenig zweckentsprechend, den Gemeinsamen Markt mit den zolltechnischen Erfordernissen des Commonwealth zu belasten. Dagegen könnte er zum Motor der OECD und vielleicht auch des GATT werden, indem er jeweils einheitliche Vor-

schläge unterbreitet und sein ganzes Gewicht in die internationale Waagschale wirft. Gerade für die weltweite Koordinierung der Währungs- und Handelspolitik ist eine derartige Triebkraft, die über eine innere Geschlossenheit verfügt, unentbehrlich.

Um den Gemeinsamen Markt, d. h. die europäische Idee, vor einer weltweiten Verwässerung zu bewahren, bedarf es schließlich nicht zuletzt eines starken politischen Willens, einer Rückkehr zu den Ursprungsquellen, denn die europäische Einigung wurde stets aus politischen Gründen angestrebt, wobei man die wirtschaftliche Zusammenarbeit hauptsächlich als Werkzeug, als Etappe betrachtete. Wenn der Gemeinsame Markt die Handels- und Zollpolitik an die OECD und das GATT abgibt, wenn er bereit ist, sich zu einem weltweiten Liberalismus zu bekennen, dann muß er seinen Zusammenhalt auf politischer Ebene finden, mit Verwirklichung einer europäischen Konföderation als Vorstufe der Föderation. In den Bereich der Politik fällt dann auch die wirtschaftliche Harmonisierung, die Verwirklichung jener Wirtschaftsunion, die weit über die Zoll- und Handelsunion hinausgeht. Die USA sind mit diesem Verfahren voll einverstanden. Sie benötigen ein geeintes Europa vernünftiger Größenordnung und mit natürlicher Solidaritätsgrundlage als westlichen Partner. Es wäre mehr als wünschenswert, daß sich an dieser politischen Gemeinschaft auch Großbritannien beteiligt, daß sie sich aber auch auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränkt, weil ihre Schlagkraft im umgekehrten Verhältnis steht zu der Zahl ihrer Mitglieder. Je mehr sich übrigens Europa politisch gestärkt und innerlich geschlossen fühlt, desto leichter fällt es ihm, sich zu einer weltweiten, liberalen Handelspolitik durchzurufen, um auf diese Weise seine Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern, dem Commonwealth und den USA zu erfüllen.

## Osterreich sucht Arrangement mit Brüssel

Dr. Kurt Wessely, Wien

Am 15. Dezember 1961 hat der Vertreter Osterreichs gemeinsam mit seinen Kollegen aus den beiden anderen neutralen EFTA-Staaten Schweiz und Schweden in Brüssel dem deutschen Vizekanzler Erhard das Gesuch um Aufnahme von Verhandlungen mit der EWG übergeben, das dankend akzeptiert wurde. Wann die Verhandlungen beginnen und wann sie abgeschlossen sein werden, das vermag heute noch niemand zu sagen.

### *Der politische Aspekt der Integration*

Wohl aber ist anzunehmen, daß sich die EWG bei diesen Verhandlungen ernstlich mit den politischen Problemen neutraler Staaten auseinandersetzen muß und ihnen mehr Verständnis entgegenbringen wird als den Sonderwünschen, die auf der wirtschaftspolitischen

Ebene liegen. Durch die Anmeldung solcher Forderungen, an denen es in der Vergangenheit nicht gefehlt hat, werden die Verhandlungen im Falle Osterreichs zweifellos noch mehr erschwert als durch die Rücksichtnahme auf die Sowjetunion, die bereits zweimal offiziell am Ballhausplatz ihre Bedenken gegen die Teilnahme Osterreichs an der westeuropäischen Integration vorgebracht hat, was sie sicher noch auf anderen Wegen wiederholt hat.

Der endgültige Beschluß des österreichischen Ministerates, der übrigens nach dem Vorgehen Englands und einer Solidaritätserklärung des EFTA-Rates mit den Verhandlungen Englands nicht mehr zweifelhaft sein konnte, erfolgte fast gleichzeitig mit der zweiten sowjetischen Vorstellung. Osterreich brachte somit klar zum Ausdruck, daß es sich in dieser Frage nicht